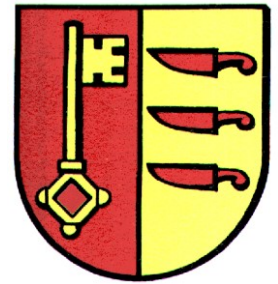
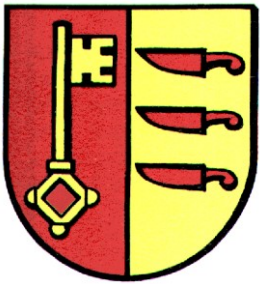


# Einführung Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)



bei der  
Gemeinde Dischingen

# Agenda

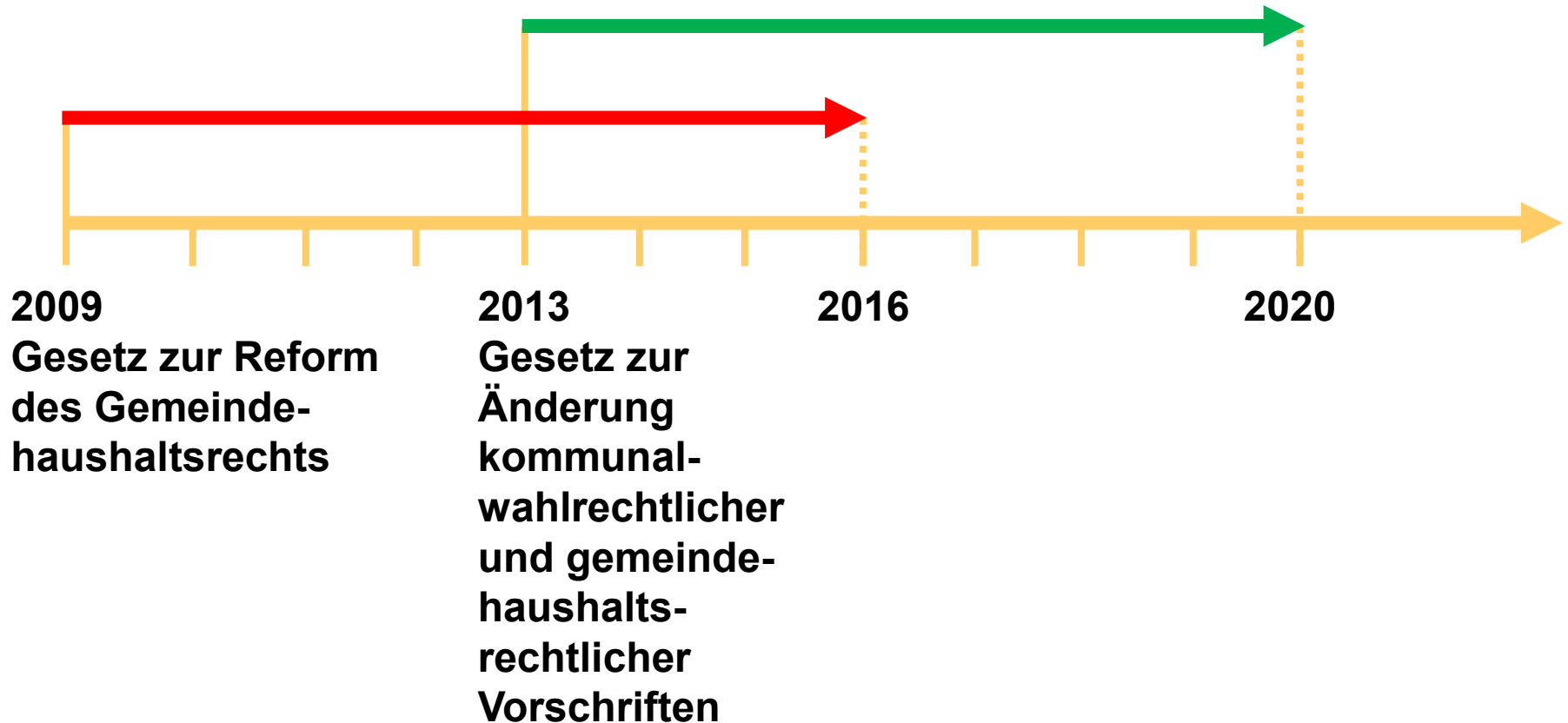
---



1. Rechtsgrundlagen und Zeitschiene
2. Wesentliche Inhalte
3. Aktueller Sachstand in Baden-Württemberg
4. Einbindung Gemeinderat
5. Weiteres Vorgehen

# 1. Rechtsgrundlagen und Zeitschiene

GEMEINDE DISCHINGEN  
*auf dem Härtsfeld*



## 2. Wesentliche Inhalte

---



- Der Haushaltsplan als Kernstück kommunaler Finanzwirtschaft und die Sicherstellung der stetigen Aufgabenerfüllung bleiben als primärer Grundsatz bestehen.
- Die bisherige zahlungsorientierte Betrachtung (Einzahlungen und Auszahlungen) **im Haushaltsplan** wird durch (Erträge und Aufwendungen) ergänzt.
- Mit dem doppelischen Jahresabschluss ist eine umfassende Darstellung der finanzwirtschaftlichen Verhältnisse wie bei privatwirtschaftlichen Unternehmen möglich und besteht aus **Ergebnisrechnung** (Ertragslage) **Finanzrechnung** (Finanzlage) und **Bilanz** (Vermögenslage).
- Die Gliederung des Haushaltsplans, d.h. die Aufteilung in **Teilhaushalte**, kann von der Gemeinde individuell nach den vorgegebenen Produktbereichen des Produktplans BW oder aber nach den örtlichen Organisationsstrukturen erfolgen.

## 2. Wesentliche Inhalte

---



### Auszug Produktplan Baden-Württemberg

#### 21 Schulträgeraufgaben

- 21.10 Allgemeinbildende Schulen
- 21.20 Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren  
und Schulkindergärten
- 21.30 Berufsbildende Schulen
- 21.40 Schülerbezogene Leistungen
- 21.50 Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen

## 2. Wesentliche Inhalte

---



### Folgen und Auswirkungen:

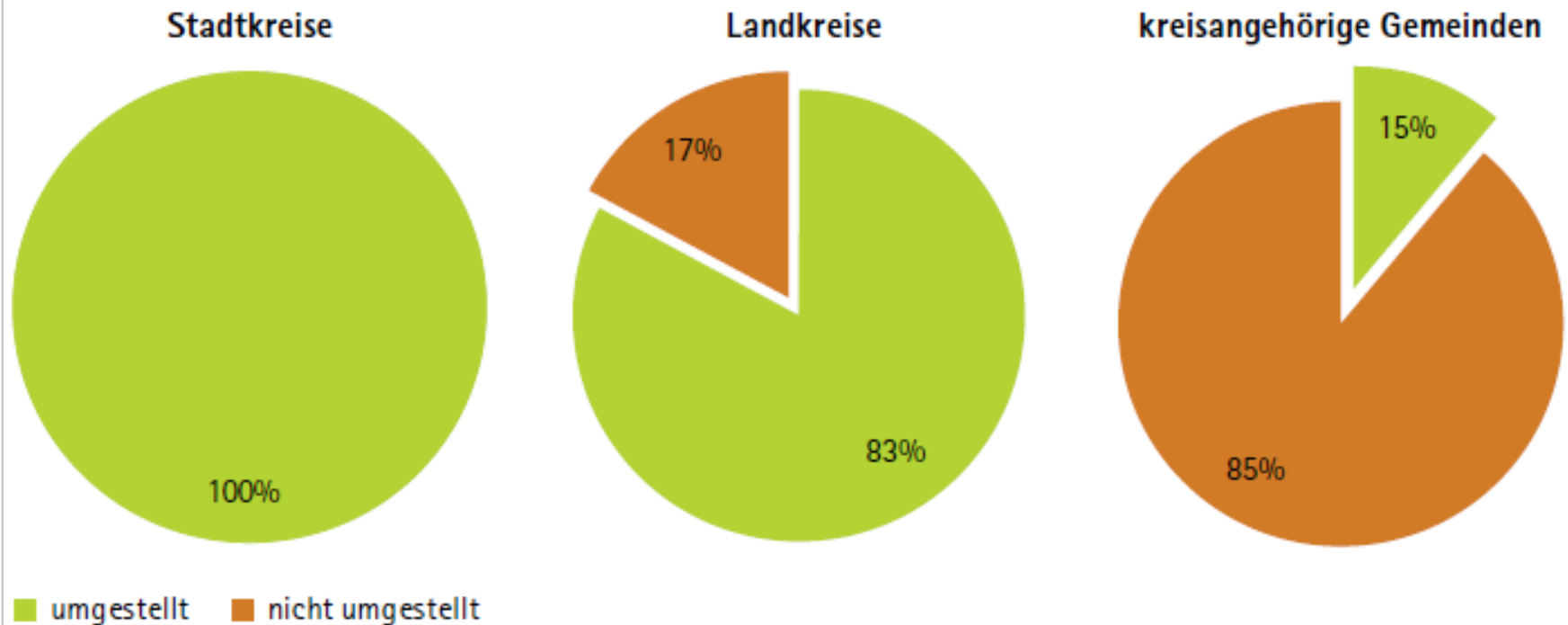
- Form und Inhalt des neuen Haushaltsplans wird sich deutlich von der bisherigen unterscheiden.
- Umstellung des Rechnungswesens auf doppelte Buchhaltung
- Vollständige Erfassung und Bewertung sämtlicher Vermögensgegenstände im Eigentum der Gemeinde
- Sinnvolle Gliederung des Gesamthaushalts in Teilhaushalte
- **Ziel: Darstellung des Vermögensverbrauchs**

# 3. Aktueller Sachstand in Baden-Württemberg

GEMEINDE DISCHINGEN  
*auf dem Härtsfeld*



Anteil der auf das NKHR bis zum 01. Januar 2016 umgestellten Kommunen (eigene Erhebungen)

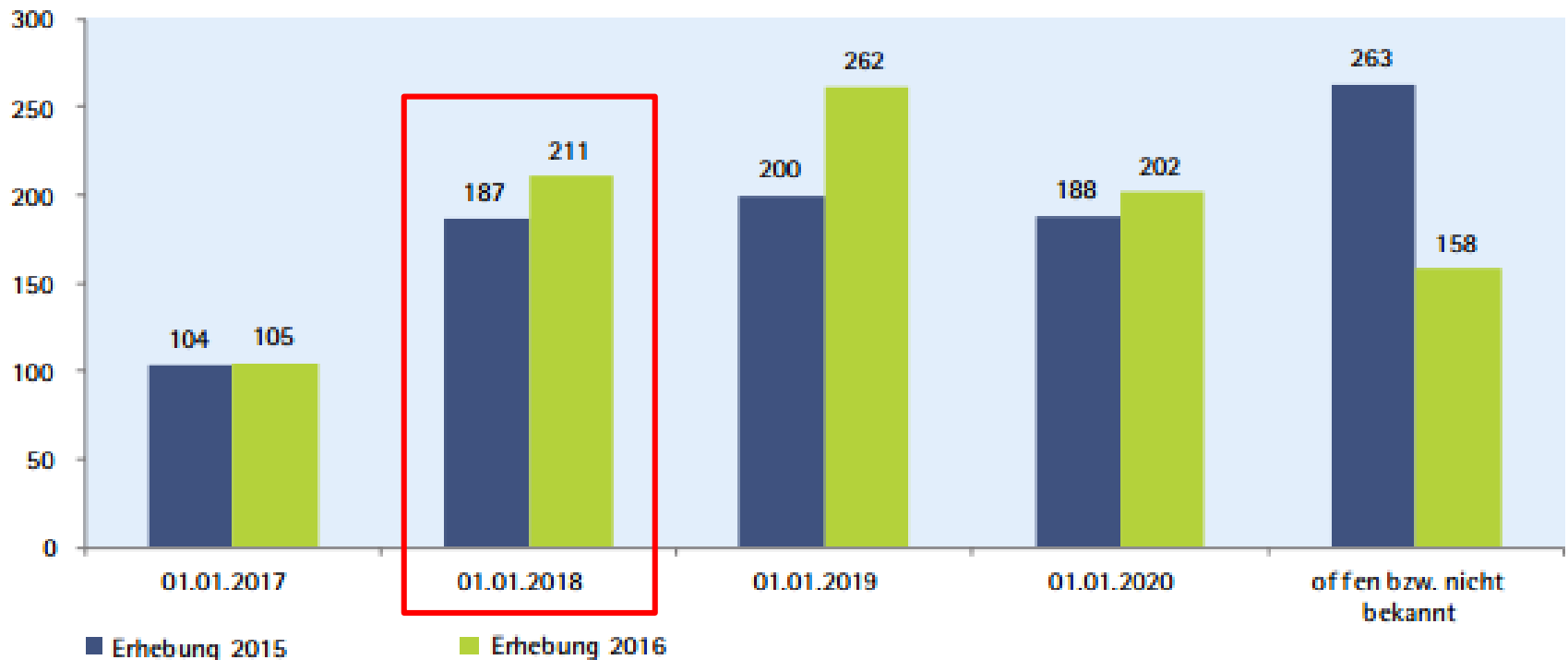


Quelle: Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg

# 3. Aktueller Sachstand in Baden-Württemberg



Geplante Umstellungsprojekte vom 01. Januar 2017 bis 01. Januar 2020  
nach eigenen Erhebungen zum 01. Januar 2015 und 01. Januar 2016



# 4. Einbindung Gemeinderat

---



## Einführung und der Übergang auf das NKHR

stellt kein - allein dem Bürgermeister nach § 44 Abs. 2 GemO obliegendes Geschäft der laufenden Verwaltung dar. Daher ist für die Einführung des NKHR ein **Grundsatzbeschluss des Gemeinderats** erforderlich.

Inhalte des Grundsatzbeschlusses in der ersten Projektphase:

- Grundsätzliche Entscheidung, dass das NKHR eingeführt werden soll und das Projekt ausdrücklich vom Gemeinderat unterstützt wird
- Einführungszeitpunkt, Stichtag für die Eröffnungsbilanz
- Auftrag an die Verwaltung, eine Projektplanung aufzustellen etc.
- Bereitstellung des Projektbudgets: finanziell, personell und zeitlich
- Darstellung der zu bildenden Teilprojekte

# 4. Einbindung Gemeinderat

---



## Vermögensbewertung

- Grundsätzlich: Gesetzliche Regelungen, die sich an den Vorgaben für privatwirtschaftliche Unternehmen orientieren
- Für die Durchführung der Vermögensbewertung ist die Verwaltung zuständig.
- Da bei der Umstellung auf das NKHR die Vermögensbewertung von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für die Gemeinde ist, wird der Gemeinderat frühzeitig informiert und die Grundsätze der Vermögensbewertung werden eng mit dem Gemeinderat abgestimmt.
  - Abschreibungen / Nutzungsdauern
  - Ansatzwahlrechte / Wertgrenzen

# 4. Einbindung Gemeinderat

---



## Gliederung in Teilhaushalte

- Der Gesamthaushalt der Gemeinde (Ergebnis- und Finanzhaushalt) ist in Teilhaushalte zu gliedern
- Die Untergliederung muss in mindestens zwei Teilhaushalten (z.B. Innere Verwaltung und Allgemeine Finanzwirtschaft) erfolgen
- Die grundsätzliche Bedeutung der Gliederungsart in Teilhaushalte verlangt die Organzuständigkeit des Gemeinderats. Die innere Organisation der Verwaltung, welche die Zuständigkeit des Bürgermeisters begründet, bleibt davon unberührt.

# 5. Weiteres Vorgehen

---



- Grundsatzbeschluss
- Vermögensbewertung